

Fall 3: Fenster-Fall

Sachverhalt

Nach langwierigen, zum Teil auch telefonisch geführten Verhandlungen, die ursprünglich von einem schriftlichen Angebot der „Fenster-GmbH“ ausgegangen waren, hat der Architekt Albers, der auf eigene Rechnung ein großes Wohnhaus baut, der „Fenster-GmbH“ telefonisch den „Auftrag zur Herstellung, Anlieferung und zum Einbau von 420 Fenstern zum Preis von 212.500,– Euro zzgl. UmSt gegeben. Der Alleingeschäftsführer A der F-GmbH hat das Angebot angenommen.

Zwei Tage nach der Auftragsvergabe geht mit der normalen Post im Büro des Architekten folgender Brief ein:

Fenster-GmbH

29001 Heiddorf, 25.3.2014
Industriestr. 16
www.fenster-gmbh.com

Auftragsbestätigung

Sehr geehrter Herr Albers,

wir bestätigen den erteilten Auftrag über die Herstellung und Montage der Fenster für das Bauvorhaben in 26139 Rasterstede, Heinrich-Str. 18 im Umfang von 412 Fenstern zum Preis von 221.500,– Euro zzgl. MwSt. Die Maße der einzelnen Positionen haben wir in der beigefügten Anlage festgehalten.

Wir sagen eine sorgfältige Ausführung des Auftrags zu.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Stühernzweg

Die gelieferte Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung unser Eigentum.

A nimmt den Brief nur oberflächlich zur Kenntnis, da er völlig gestresst ist. Nach einer Woche ruft er jedoch bei der GmbH an und weist auf die Abweichungen hin. Die GmbH beruft sich auf den Inhalt des Schreibens. Wie ist die Rechtslage?

Lösung

Hier haben die Parteien zunächst einen Vertrag über die Herstellung, die Anlieferung und den Einbau von 420 Fenstern zu einem Preis von 212.500 Euro zzgl. Umsatz-

steuer geschlossen. Dieser Vertrag könnte aber durch das Schreiben der F-GmbH nach den Grundsätzen des kaufmännischen Bestätigungsschreibens geändert worden sein.

Dann müsste es sich bei diesem Schreiben um ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben handeln.

Die Voraussetzungen sind:

1. Der Absender (streitig) und Empfänger (auf jeden Fall) müssen Kaufleute oder Personen sein, die in größerem Umfang am Geschäftsverkehr teilnehmen (Grundstücksmakler, Architekten)

Bei der Fenster-GmbH als Absender des Schreiben handelt es sich um einen Formkaufmann (§ 13 Abs. 3 GmbHG, § 6 Abs. 1 HGB). A ist als Architekt kein Kaufmann, sondern betreibt einen freien Beruf. Es nimmt aber, wie auch das vorliegende Bauvorhaben zeigt, in größerem Umfang am Wirtschaftsverkehr teil, sodass die Grundsätze über das kaufmännische Bestätigungsschreiben auf ihn Anwendung finden.

2. Es muss ein echtes Bestätigungsschreiben vorliegen: Das Schreiben muss das Ergebnis vorhergehender mündlicher Vertragsverhandlungen schriftlich zusammenfassen und klarstellen, dass der Absender den Vertrag für geschlossen hält.

Hier lag den Verhandlungen zwar zunächst ein schriftliches Angebot zugrunde, doch vollzog sich der Vertragsabschluss nach längeren mündlichen, auch telefonisch geführten Verhandlungen. Auf eine solche Situation finden die Grundsätze des kaufmännischen Bestätigungsschreibens Anwendung, da ein Bedarf nach einer schriftlichen Fixierung des Vertragsinhaltes besteht. Aus der Formulierung des Schreibens ist zu ersehen, dass die F-GmbH den Vertrag für geschlossen hält.

3. Der Bestätigende muss auf den Inhalt seines Schreibens vertrauen dürfen. Das ist nicht der Fall, wenn
 - bewusst eine unrichtige Wiedergabe der vorhergehenden Vertragsverhandlungen erfolgt.
 - die Abweichung so erheblich ist, dass mit einem Einverständnis nicht gerechnet werden kann, oder
 - sich zwei Bestätigungsschreiben unterschiedlichen Inhalts kreuzen.

Nach dem Sachverhalt hat der Geschäftsführer eine objektiv falsche Bestätigung erstellt, doch geschah dies versehentlich, sodass keine bewusst unrichtige Wiedergabe des Verhandlungsergebnisses vorliegt. Die Abweichung betrifft sowohl die Fensterzahl (412 statt 420) als auch den Preis (221.500 € statt 212.500 €), beides aber im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Auch die Kumulation der Abweichungen führt nicht zu einer so erheblichen Abweichung, dass mit dem

Einverständnis nicht mehr gerechnet werden kann. Da A kein Bestätigungsschreiben geschickt hat, behält das Schreiben der F-GmbH seine Wirkung.

4. Das Schreiben muss unverzüglich nach Ende der Vertragsverhandlungen abgesandt werden und dem anderen Teil zugehen.

Das Schreiben ist dem A zwei Tage nach Abschluss des Vertrages mit der Post zugegangen, also ist es spätestens einen Tag nach Vertragsschluss und damit unverzüglich abgeschickt worden. Auch der Eingang bei A ist noch in diesem zeitlichen Rahmen.

5. Der andere Teil darf nicht unverzüglich widersprochen haben. Der BGH hat in einem Urteil eine Frist von drei Tagen als längste denkbare Frist angesehen.

A hat zwar widersprochen, doch ist der Widerruf erst nach einer Woche und damit verspätet erfolgt.

Da alle Voraussetzungen vorliegen, ist der Vertrag dahingehend geändert worden, dass die F-GmbH zur Lieferung von 412 Fenstern zum Preis von 221.500 € verpflichtet ist.